

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

192. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 13. September 2012

Tagesordnungspunkt 1: (Fortsetzung)

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)** (Drucksache 17/10200)
- b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Finanzplan des Bundes 2012 bis 2016** (Drucksache 17/10201)

Einzelplan 06

Bundesministerium des Innern

Petra Pau (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zehn Monaten, am 4. November 2011, wurde ein innenpolitischer Super-GAU publik. Ein Nazitrio namens Nationalsozialistischer Untergrund war mehr als zehn Jahre lang mordend und raubend durch die Bundesrepublik Deutschland gezogen – unerkannt und unbehelligt. Neun Menschen, acht türkischer Herkunft und einer mit griechischen Wurzeln, wurden regelrecht hingerichtet. Außerdem erschossen sie eine Polizistin. So lautet die offiziell erzählte Geschichte. Man muss allerdings viele Fragezeichen übersehen, um dieser Version arglos zu folgen.

Seit einem halben Jahr versuchen wir im Untersuchungsausschuss, Licht ins Dunkel zu bringen. Ich möchte hier ausdrücklich anmerken: bisher konstruktiv, fraktionsübergreifend und ohne jegliches parteipolitisches Gezänk.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das finde ich – und ich sehe: auch Sie – politisch angemessen, und wir sind es den Opfern schuldig.

Nach allen bisherigen Untersuchungen gibt es mehr Fragen als Antworten. Es wimmelt nur so von Ungereimtheiten. Auch meine zentrale Frage ist bisher ungeklärt: Warum wurde die rechtsextreme Gefahr so lange, so gründlich und so tödlich unterschätzt? Und warum noch immer? Eine Annahme erhärtet sich allerdings: Im Zentrum des Sicherheitsversagens agierten das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz. Sie haben – vorsichtig formuliert – im besten Fall die polizeilichen Ermittlungen nicht befördert.

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist aber sehr freundlich formuliert!)

Ich fürchte, jetzt endet die ganz große Übereinstimmung; denn die Linke bleibt dabei: Die Verfassungsschutzämter sind aufzulösen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun stellt sich die Frage: Wie soll das gehen? Ich glaube, die unsägliche V-Leute-Praxis kann erstens sofort eingestellt werden. Der zweite Schritt wäre die Entziehung der Geheimdienstbefugnisse und der dritte die Umwandlung zu einer kompetenten Politikberatung.

Nun reden wir hier nicht nur über Innenpolitik, sondern auch über den Bundeshaushalt. Dazu wird es ein Jahressteuergesetz 2013 geben. Mit ihm würden allerdings die Versagerämter für Verfassungsschutz durch den Bundestag noch geadelt und befördert. Versteckt in diesem Gesetz steht, dass der Verfassungsschutz künftig als finaler TÜV über die Gemeinnützigkeit von Vereinen und Initiativen entscheiden soll. Ämter, unfähig, Morde von Nazis zu verhindern, sollen nun über Nutz und Fromm gesellschaftlichen Engagements richten. Ich finde, das hat perverse Züge.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zivile Courage gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus würde damit weiter verstaatlicht, verordnet, vor allem aber unter geheimdienstliche Willkür gepresst, ebenso übrigens soziales Engagement und der Kampf um den Frieden. Ich finde, das ist wider den Geist der Verfassung.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie: Folgen Sie dem offenen Brief, den zahlreiche Initiativen im Juni an den Bundestag gerichtet haben, darunter der BUND, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein, das Netzwerk Friedenskooperative und viele, viele mehr. Kehren Sie in dieser Frage ein und vor allen Dingen um.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)